

Tagesordnung I Punkt 18 der öffentlichen Sitzung am 19. November 2009

Vorlagen-Nr. 09-V-40-0042

Schulbaubudgets 2009 - 2011; ergebnisorientierte Steuerung

Beschluss Nr. 0588

I. Aktuelle Situation

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1 in den Jahren 2002 bis 2008 über 107 Mio. € für Schulbaumaßnahmen umgesetzt wurden. Alleine für das Jahr 2009 stehen 77,1 Mio. € zur Verfügung (27,8 Mio. € Budget incl. Reste, zzgl. 49,3 Mio. € aus den Sonderkonjunkturprogrammen).
 - 1.2 das Beschleunigungsprogramm für Schulbauprojekte in diesem Bereich kontinuierlich zu einer Erhöhung der Zahlungsabflüsse geführt hat (s. Anlagen 1 und 2a zur Sitzungsvorlage);
 - 1.3 die Erhaltung und Verbesserung der Schulinfrastruktur in 2009 und in den Folgejahren weiterhin besonderer Anstrengungen bedarf;
 - 1.4 deswegen die Maßnahmen des Sonderkonjunkturprogramms in Höhe von 49,3 Mio. € in 2009 - 2011 vorrangig abgearbeitet werden (Anlage 2b zur Sitzungsvorlage);
 - 1.5 durch die Nutzung der Möglichkeiten des Beschleunigungsprogramms bei einigen Projekten die Budgets durch die Ist-Buchungen und die noch offenen Aufträge überschritten werden;
 - 1.6 nunmehr die Einführung geeigneter Steuerungsinstrumente zur Einhaltung der Eckwerte geboten sind.
2. Es wird daher beschlossen, dass, auch wenn dadurch zunächst Budgetüberschreitungen entstehen, folgende Maßnahmen (außerhalb der Soko-Maßnahmen) durchgeführt werden:
 - 2.1 prioritär die begonnenen und unabwendbaren Maßnahmen (Anlage 3 zur Sitzungsvorlage); in Höhe von 3,5 Mio. € abgearbeitet werden;
 - 2.2 Mehrkosten grundsätzlich im Rahmen der zur Verfügung gestellten Ressourcen aufzufangen sind;
 - 2.3 ggf. Zahlungsverpflichtungen nach 2010 verlagert werden.
 - 2.4 die Überschreitung des Dezernatsbudgets in 2009 von ca. - 6,0 Mio. €
und die unabwendbare Ausgaben 2009 zur Fertigstellung von Maßnahmen,
Bauabschnitten oder Gewerken (Anlage 3 zur Sitzungsvorlage);

von ca. - 3,5 Mio. €

= - 9,5 Mio. €

abzüglich der zu erwartenden Mehreinnahmen aus der
Schulbaupauschale in Höhe von

+ 4,4 Mio. €

	insgesamt also		<u>- 5,1 Mio. €</u>
	als <u>Verlustvortrag nach 2010</u> vorgetragen wird.		
2.5	die zu erwartende Überschreitung 2010, bestehend aus dem Verlustvortrag aus 2009 von	- 5,1 Mio. €	
	zzgl. den unabwendbaren Mitteln für lfd. Gebäudeunterhaltung und Schulbudget von	- 1,0 Mio. €	
	und der Verschiebung von Maßnahmen von 2009 nach 2010 von	- 2,0 Mio. €	
		= - 8,1 Mio. €	
	abzüglich der zurzeit zu erwartenden Mehreinnahmen aus der Schulbaupauschale von	+ <u>2,1 Mio. €</u>	
	insgesamt also eine Überschreitung 2010 von		- 6,0 Mio. €
	finanziert wird aus		
	- den Eckdaten 2010 Investitionen	2,4 Mio. €	
	- und den Eckdaten 2010 Instandhaltungen	<u>4,7 Mio. €</u>	
	= Summe Eckdaten		7,1 Mio. €
	Dadurch entsteht zunächst ein freier Betrag von		1,1 Mio. €
	der verwendet werden kann für die Fortführungsmaßnahmen des Jahres 2010 (Anlage 4 zur Sitzungsvorlage); von		- <u>7,5 Mio. €</u>
	Damit entsteht voraussichtlich ein Defizitbetrag von als <u>Verlustvortrag nach 2011</u> .		<u>= - 6,4 Mio. €</u>
2.6	die zu erwartende Überschreitung 2011, bestehend aus dem Verlustvortrag aus 2010 von	- 6,4 Mio. €	
	zzgl. den unabwendbaren Mitteln für lfd. Gebäudeunterhaltung und Schulbudget von	- 1,0 Mio. €	
		= - 7,4 Mio. €	
	abzüglich der zurzeit zu erwartenden Mehreinnahmen aus der Schulbaupauschale von	<u>2,1 Mio. €</u>	
	insgesamt also eine Überschreitung 2011 von		- 5,3 Mio. €
	finanziert wird aus		
	- den Eckdaten 2011 Investitionen	2,4 Mio. €	
	- und den Eckdaten 2011 Instandhaltungen	<u>4,7 Mio. €</u>	
	= Summe Eckdaten		7,1 Mio. €
	Dadurch entsteht zunächst ein freier Betrag von		1,8 Mio. €
	der verwendet werden kann für die Fortführungsmaßnahmen des Jahres 2011 (Anlage 4 zur Sitzungsvorlage) von		- <u>0,3 Mio. €</u>
	Damit entsteht voraussichtlich ein <u>freier Betrag</u> von für das Jahr 2011.		<u>= 1,5 Mio. €</u>
2.7	über die noch nicht bezifferbaren Kosten über den Versicherungsbeitrag hinaus (3,8 Mio Euro sind bereits zugesagt, über weitere Versicherungsleistungen wird derzeit verhandelt) für die Martin-Niemöller-Schule noch eine Beschlussfassung unter		

gesonderter Benennung der Deckung herbeigeführt wird, die die ermittelten Werte voraussichtlich weiter verschlechtert.

II. Haushalt 2010/2011

3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die Jahre 2010/11 zusätzliche Mittel für Prioritätensetzungen in Höhe von jährlich 6 Mio. € für Investitionen und 1 Mio. € für Instandhaltungen (d.h. insgesamt 14 Mio. Euro für 2010/2011) zur Verfügung stehen.
4. Es ist zu entscheiden,
 - a.) welcher Gesamtbetrag unter Berücksichtigung der oben errechneten freien Mittel für Schulen zur Verfügung gestellt wird und
 - b.) welche zusätzlichen Maßnahmen damit umgesetzt werden sollen.
5. Zu den zusätzlichen Maßnahmen (Anlage 5 zur Sitzungsvorlage) zählen vor allem
 - a.) die Johannes-Maaß-Schule (ca. 4 Mio. € für das Hauptgebäude) und
 - b.) die Asbestsanierung an der IGS Alexej-von-Jawlensky-Schule (1,7 Mio. € für Mehrkosten).

5.1. Die Außenstelle der Kerschensteiner Schule in Schierstein wird verkauft, um den zweiten Bauabschnitt für die Kerschensteiner Schule in Angriff zu nehmen. Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, welcher Erlös mit dem Verkauf des Fritz-Brüderlein-Hauses/Außenstelle der Kerschensteiner Schule erzielt werden kann.

Die Arbeiten an der Kerschensteiner Schule werden auf Basis des zu erwartenden Verkaufserlöses umgehend fortgeführt. Der Erlös der Immobilie wird im Haushalt 2011 zur Refinanzierung genutzt.

Des Weiteren wird die Anlage 4 heute aus dem Beschlussvorschlag herausgenommen und seitens des Magistrats bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur überarbeitet.

III. Weitere Maßnahmen

6. Der Magistrat (Dezernat VIII/40) wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe zu bilden, welche ein Konzept eines „internen PPP“ entwickelt, mit dem, analog eines üblichen PPP-Projektes, 1 bis 3 Maßnahmen in Zusammenarbeit mit einer städtischen Gesellschaft, z. B. der SEG oder der WIM durchgeführt werden können, das betrifft vor allem die Comeniuschule.

(Magistrat 03.11.2009 BP 0971, ergänzt um Punkt 5.1. gemäß gem. Änderungsantrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 19.11.2009 in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung 19.11.2009 BP 0562)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2009

Nickel
stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .11.2009

1. Dezernat VIII
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:
Dezernat I/20
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister